Handelsblatt
DONNERSTAG, 11. MÄRZ 2010, Nr. 49

Quantensprung: Ein geschlechtsloser Oskar? Feministinnen kultivieren ihre Vorurteile

Erstmals erhielt eine Frau den Regie-Oskar. Gut so. Das Geschlecht sollte dabei keine Rolle spielen. Entgegen dem was „Gender Studies“ betreibende Frauen glauben, gibt es aber nun einmal biologische Männlein und Weiblein.

Übrigens: Warum es überhaupt Geschlechter gibt, ist nicht einfach zu beantworten. Eine der Erklärungen ist, dass die Rekombination der genetischen Information durch geschlechtliche Fortpflanzung mehr genetische Variabilität gewährleistet. Das könnte die Überlebenschancen des Nachwuchses in der unvorhersehbaren Umwelt erhöhen.

Feministische Ideologie an den Unis

Aber zurück zur Kultur. In der New York Times erschien wenige Tage vor der Oscarverleihung eine Kolumne von seltener Dummheit. Die Autorin Kim Elsesser forderte einen „geschlechtsneutralen“ Oskar als Ersatz für die „diskriminierenden“ Oskars für Schauspieler und Schauspielerinnen. Elsesser arbeitet am „Center for Study of Women“ der University of California in Los Angeles. Meine Güte! Es ist an der Zeit, diesen Nonsens zu benennen: Ideologie der plattesten Art! So etwas hat an Universitäten nichts zu suchen und mit Wissenschaft nichts zu tun. Frauen fühlen sich dreißig Jahre nach der damals notwendigen Emanzipation immer noch wohl in der Opferrolle und suchen nach Diskriminierung, wo gar keine existiert.

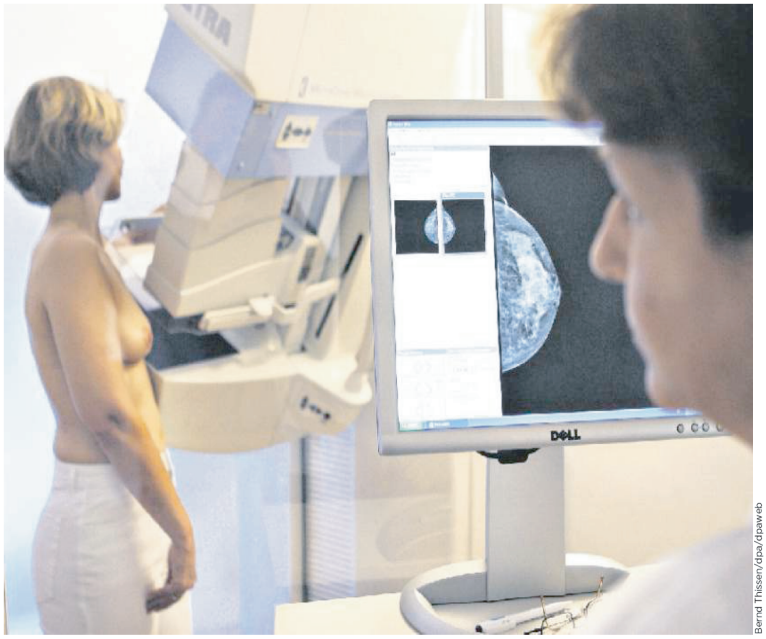
Wenn es einen genderneutralen Oskar gibt, dann sollten auch Mutter- und Vatertag zum Elterntag zusammengelegt werden. Aber nein - das Vorurteil besagt ja, dass Frauen bessere Eltern sind. Und das muss aus neo-feministischer Sicht so bleiben. Anstatt mit Antimännervorurteilen aufzuräumen und für Gleichberechtigung bei Wehrpflicht, Sorgerecht und Umgang mit Kindern zu sorgen, werden frauenfreundliche Vorurteile kultiviert und Frauendiskriminierung hochstilisiert, die es gar nicht gibt.

Das Pendel der Diskriminierung ist zu weit umgeschlagen. An Universitäten sind Männer längst benachteiligt, bei Berufungen auf Professuren, bei Stipendien und angesichts zahlreicher Frauenförderprogramme. Bessere männliche Wissenschaftler werden abgelehnt, weil mehr Frauen gewünscht sind. Dies führt zu schlechterer Wissenschaft.

Nun sprießen endlich zarte Pflänzchen männlichen Widerstands. Neulich gab es einen „Neue Männer“-Kongress in Düsseldorf, und selbst in der „Zeit“ wird Gleichberechtigung für Jungen gefordert. Wir brauchen keinen Girl's Day mehr, denn wir haben längst viel mehr weibliche Studenten als männliche. Wir brauchen eher einen Boy's Day und ein männliches Pendant für Alice Schwarzer. Freiwillige vor! Vive la difference!

Axel Meyer
Professor für Evolutionsbiologie
Universität Konstanz
wissenschaft@handelsblatt.com

Kostbare Früherkennung



Bernd Thissen/dpa/dpaweb

Röntgenuntersuchung zur Früherkennung von Brustkrebs: Jährlich sterben etwa 18 000 Frauen in Deutschland an dem Turmorleiden

SCREENING

Testverfahren Ein Screening (englisch: Durchsieben, Durchleuchten) ist eine Reihenuntersuchung. Ein systematisches Testverfahren wird eingesetzt, um innerhalb eines definierten Prüfbereichs – dieser besteht meist aus einer großen Anzahl von Proben oder Personen – bestimmte Eigenschaften der Prüfobjekte zu identifizieren.

Ziel Ein medizinisches Screeningprogramm soll vor allem die Lebenserwartung der Untersuchten erhöhen, indem bestimmte lebensbedrohliche Krankheiten vor dem Auftreten von Symptomen möglichst früh erkannt werden, um sie besser behandeln zu können. Ein Screening ist immer auf eine bestimmte Krankheit gerichtet. Der kollektive Test selbst sollte möglichst nur mit einem geringfügigen beziehungsweise gefahrlosen Eingriff verbunden sein.

Millionen Menschen unterziehen sich Screenings für Krebs. Der Nutzen der Untersuchungen ist finanziell und medizinisch fraglich.

Kai Kupferschmidt
Düsseldorf

Krebs ist die tödlichste aller Krankheiten. 7,9 Millionen Menschen starben daran weltweit im Jahr 2007, berichtet die Weltgesundheitsorganisation WHO, mehr als an Aids, Tuberkulose und Malaria zusammen. Für 2030 rechnet die WHO mit 12 Millionen Krebstoten jährlich. Kein Wunder, dass viele Menschen Angst haben und dankbar sind für Früherkennungsprogramme. Die versprechen, Tumore früher zu erkennen, so dass sie besser behandelt werden können. Dem Staat ist das viel Geld wert. Ob dieses sinnvoll eingesetzt ist, ist aber umstritten.

Die Risiken des Screenings sind den meisten kaum bewusst

Beispiel Brustkrebs: In einer emotionalen Debatte stehen sich Befürworter und Gegner des bundesweiten Brustkrebs-Screenings gegenüber. Alle Frauen zwischen 50 und 70 werden alle zwei Jahre zu einer Röntgenuntersuchung eingeladen. Kritiker wie Peter Götzsche vom Cochrane-Institut in Kopenhagen betonen die Nachteile: Die falschen Testergebnisse, die Frauen verängstigen, die unnötigen Gewebeentnahmen (Biopsien) bei gesunden Frauen und die Strahlenbelastung, die selbst Krebs auslösen kann. „Den meisten Frauen sind diese Risiken nicht bewusst“, sagt Götzsche. Dabei litten viel mehr Frauen unter den Nachteilen des Screening als davon profitierten. „Wenn 1000 Frauen 20 Jahre lang zum Screening gehen stirbt eine Frau weniger an Brustkrebs“, sagt Götzsche. „Jedes Screening hat Nachteile, aber dieses hat kaum Vorteile.“

Karin Bock, vom Referenzzentrum Mammographie Südwest widerspricht. In einer Podiumsdiskussion beim Deutschen Krebskongress in Berlin vor einer Woche traf sie auf Götzsche. „Seine Zahlen sind nicht haltbar“, sagt sie und beruft sich auf Kennzahlen, die der Medizinjournalist Christian Weymayr aus zahlreichen Studien zusammengestellt hat. Demnach werden von 1000 Frauen fünf gerettet.

Aber auch diese Zahlen zeigen die Nachteile: Bei jeder vierten der 1000 Frauen kommt es zu einem Fehlalarm. Bei 50 gesunden Frauen werden sogar Biopsien gemacht. Und den fünf geretteten Frauen stehen fünf Frauen gegenüber, die behandelt oder operiert werden, obwohl die Krebserkrankung ihnen nie geschadet hätte. „Es könnten aber auch 15 Frauen seien, das lässt sich nicht genau bestimmen“, gibt Weymayr zu. Unklar ist aber auch, wie viele Frauen durch die Strahlen zusätzlich an Krebs erkranken.

Der Staat lässt sich, so unklar die Risiko-Nutzen-Abwägung ist, das Programm 400 Millionen Euro im Jahr kosten. „Es geht eben nicht nur um den wirklichen Nutzen, sondern um ein subjektives Gefühl der Sicherheit, das den Frauen vermittelt wird“, sagt der Onkologe und Klinische Ökonom Franz Porzsolt von der Universität Ulm. Rückblickend sei die Einführung des Mammographie-Screenings sehr fragwürdig. „Aber wenn Sie den Frauen jetzt die blanken Daten nennen, dann werden Sie gesteinigt. Ihnen wurde schließlich Jahre lang gesagt, wie wichtig es sei, zum Screening zu gehen“, sagt Porzsolt.

„Es geht nicht nur um den wirklichen Nutzen, sondern um ein subjektives Gefühl der Sicherheit“
Franz Porzsolt
Universität Ulm

Manche Früherkennung bringt nur Kosten und keinen Nutzen

Befürworter des Screenings behaupten, es spare sogar Geld. Aber die Zahlen lassen anderes vermuten. Denn zu den Kosten des Screenings kommen die Kosten der unnötigen Therapien. Die Ersparnisse sind dagegen gering. „Die Behandlungskosten sind für Frauen in etwa die gleichen, ob sie am Screening teilnehmen oder nicht“, sagt Porzsolt. Weymayr ist vorsichtiger: „Ob die Früherkennung Geld spart, weiß man nicht. Es kommt darauf an, was man genau betrachtet, und es kann auch von Früherkennung zu Früherkennung ganz unterschiedlich aussehen.“

Bei manchen Krebsarten bringt die Früherkennung nur Kosten und keinen Nutzen. Beispiel Neuroblastom: Dieser Tumor gehört zu den häufigsten bei kleinen Kindern. In Teilen Japans begann bereits 1974 ein Screening. Auch in Deutschland wurde es erwogen. In sechs Bundesländern wurden zwischen 1995 und 2000 fast 1,5 Millionen Kinder zu Beginn ihres zweiten Lebensjahres auf Neuroblastome untersucht. Das Ergebnis war ernüchternd: Im Vergleich zu anderen Bundesländern ging die Zahl der Todesfälle nicht zurück - und einige Kinder zahlten einen hohen Preis.

Insgesamt entdeckten die Ärzte beim Screening 149 Neuroblastome. Sie schätzten, dass 11 davon früher gefunden wurden als ohne Screening, und die Kinder so von einer früheren Behandlung profitierten. Der Vergleich mit den Kindern in anderen Bundesländern zeigte aber, dass 99 der Tumore vermutlich auch ohne Behandlung wieder verschwunden wären. Die Kinder erhielten also eine unnötige Therapie, drei von ihnen starben an den Folgen der Behandlung.

Auf Grund dieser Ergebnisse beendete Japan 2004 sein Neuroblastom-Screening. Eine kanadische Studie kam zu dem Schluss, dass durch den Verzicht auf das Screening in den USA und Kanada nicht nur vielen Kindern eine schlimmstenfalls tödliche Therapie erspart wurde, sondern zwischen 1989 und 2002 auch über eine halbe Milliarde Dollar gespart wurde.

Fragwürdig könnte auch die Früherkennungsuntersuchung für Prostatakrebs sein, auf die in Deutschland Männer ab 45 Jahren ein Recht haben. Dass das Abtasten der Vorsteherdrüse Todesfälle verhindern kann, ist bis heute nicht nachgewiesen. Im Gegenteil: Die Ärzte übersehen einerseits viele Tumore und lassen andererseits häufig die Prostata unnötigerweise entfernen, was zu Inkontinenz und Impotenz führen kann.

Die Politik muss eine heikle Diskussion führen

Rainer Hess, Vorsitzender des gemeinsamen Bundesausschusses (GBA), der über die Bezahlung von Früherkennungsuntersuchungen entscheidet, gibt zu, dass es nicht zuerst um die Kosten-Nutzen-Relation gehe. „Diese ist bei der Früherkennung immer ungünstig, weil sie sehr viele gesunde Menschen untersuchen müssen, um Krankheiten im Frühstadium zu erkennen.“ Es sei eine politische Entscheidung des Gesetzgebers gewesen, Leistungen zur Früherkennung von Krebs einzuführen. „Wir haben auch das Hautkrebs-Screening eingeführt, obwohl nicht sicher belegt ist, inwieweit diese Untersuchung die Anzahl der Erkrankungen und die Sterblichkeit senken kann.“

Im Kern geht es um eine Frage der Prioritäten: „In Deutschland wird Gesundheit immer als das oberste Gut propagiert, aber mir persönlich sind andere Dinge genauso wichtig oder wichtiger“, sagt Weymayr. Die Frage ist also, ob das Geld, das in die Krebsfrüherkennung gesteckt wird, nicht anderswo sinnvoller eingesetzt werden könnte. „Das sind natürlich heikle Diskussionen", sagt Weymayr. „Aber ich erwarte vom Staat, dass er das abwägt.“

Weitere Themen aus der Wissenschaft: handelsblatt.com/technologie

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.